

Auskunftsperson

< >

40:47
Zeit zum Ausfüllen

1. **Die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung und das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau bitten Sie darum, Stellung zu nehmen, wie Sie und Ihre Partei zum Klimaschutz, zu den Stromtrassen und den damit verbundenen Gesetzen und Verordnungen stehen. Bitte beantworten Sie uns die folgenden 14 Fragen. Damit Sie es leichter haben, brauchen Sie einen Großteil nur ankreuzen. Bei "Sonstiges" können Sie auch einen längeren Text schreiben.**

Wenn Sie am Schluss "Senden" anklicken, bekommen wir Ihre Antworten.

Bitte tragen Sie zuerst Ihren Namen, Vornamen, Partei und Wahlkreis ein!



Dr. Rottmann, Manuela, Bündnis 90 / DIE GRÜN!

Dr. Rottmann, Manuela, Bündnis 90 / DIE GRÜNEN,
Wahlkreis 248 Bad Kissingen

2. **Was können Deutschland bzw. die Bundesländer konkret dazu beitragen, um die Klimaerwärmung gemäß dem Pariser Übereinkommen auf 1,5Grad zu begrenzen?**



Einstieg in einen früheren Kohleausstieg



Schaffung einer eigenständigen Energiewendebehörde



Ausarbeitung eines neuen sektorenübergreifenden Energiewendekonzepts



Es werden keine zusätzlichen Aktivitäten als notwendig angesehen.



Einen Kohleausstieg vor 2038 lehnen ich prinzipiell ab.



Verbindliche, regionale Ausbauziele für Erneuerk

Verbindliche, regionale Ausbauziele für Erneuerbare.;

3. **Wie soll der Ausbau der Erneuerbaren forciert werden?**

- Streichung übertriebener Mindestabstandregelungen beim Bau neuer Windräder
- Gezielter Ausbau von Solaranlagen auf öffentlichen Flächen und Gebäuden
- Photovoltaikpflicht für Neubauten und bei Sanierungen von Bestandsbauten
- Die Beratungskapazitäten in den kommunalen Verwaltungen sind auszubauen
- Regionale Projekte zur Koppelung von Wärme, Verkehr und Strom fördern
- Ein zu schneller Ausbau der Erneuerbaren ist nicht sinnvoll
-

Beteiligung von Kommunen an der Wertschöpfung durch Erneuerbare sicherstellen, EEG wieder entbürokratisieren.;

4. Um die Energiewende in allen Sektoren (Strom-, Verkehrs- u. Wärmewende) voranzubringen, sind Speichertechniken erforderlich. Welche konkreten Maßnahmen dazu unterstützen Sie und Ihre Partei?

- Dezentrale Speicher entlasten die Netze und bilden daher eine sinnvolle Alternative zum ausufernden Stromnetzausbau. Speicher können helfen die Energiewende schneller umzusetzen.
- Die marktreifen Speichertechniken (Power to X, LOHC, Biobatterie, bidirektionale Ladepunkte für e-Autos) müssen jetzt in die Praxis umgesetzt werden, um die Wirkungsgrade zu optimieren und die Kosten durch größere Stückzahlen zu reduzieren.
- Überschüssigen Strom zu kappen ist nicht sinnvoll. Da die Erzeuger trotz Kappung bezahlt werden, soll diese Energie auch ohne weitere Kostenbelastungen zur Speicherung verwendet werden.
- Das durch den Verzicht auf den Bau von Übertragungsleitungen frei werdende Kapital können die Netzbetreiber teilweise in den Bau von Speicheranlagen investieren.
- Energiespeicher sind erst erforderlich, wenn der Anteil der erneuerbaren Energien 70 Prozent übersteigt.
-

5. **Inwieweit lässt sich ein EU weit verbundenes Stromnetz mit Nachhaltigkeit und der Behauptung eines „EuropeanGreen Deals“ in Einklang bringen, wenn durch von deutschen Stromkunden bezahlte PCI (Projects of Common Interest) Leitungen (wie z.B. Ultranet, SuedLink, SuedOstLink) durch grenzüberschreitenden Stromhandel unweigerlich auch Kohle- und Atomstrom quer durch Deutschland transportiert wird?**

Ein europäischer Stromnetzverbund stabilisiert c

Ein europäischer Stromnetzverbund stabilisiert die Verfügbarkeit von Strom. Der Ausstieg aus Kohle und Atom muss europaweit voran getrieben

6. **Wie stehen Sie und wie steht Ihre Partei zu der auf EU-Ebene forcierten Renaissance von atomarer Stromerzeugung und daraus folgend der Etikettierung „klimafreundlich“ für roten / violetten Wasserstoff?**

Das lehnen wir ab. Atomstrom ist im Vergleich z

Das lehnen wir ab. Atomstrom ist im Vergleich zu Erneuerbaren Energien unwirtschaftlich, die Risiken und die Folgekosten für Endlagerung und Rückbau

7. **Wie stehen Sie und Ihre Partei zur immer lauter werdenden Forderung nach einer Dezentralen Energiewende?**

Dafür setze ich mich genauso ein wie meine Partei, auch bei Konflikten vor Ort. Dafür braucht es politischen Rückhalt für dezentrale Windenergieprojekte. Ohne Wind wird die dezentrale Energiewende nicht gelingen.

8. **Wie stehen Sie und Ihre Partei zu den geplanten neuen Übertragungsleitungen wie SuedLink, SuedOst-Link, Ultranet, Juraleitung P53 und Fulda-Main-Leitung P43?**

Auf den Bau der für die Versorgungssicherheit nachgewiesenermaßen nicht erforderlichen Stromtrassen muss verzichtet werden.

Der Schwerpunkt sollte eher auf das Verteilnetz und regionale Smart Grids als auf Übertragungsnetze gelegt werden.

Alle geplanten neuen Stromtrassen sind für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende unbedingt erforderlich.

9. Mit welchen Maßnahmen kann die Bevölkerung vor drohenden gesundheitlichen Risiken und dem Wertverlust von Grundstücken durch den Bau der derzeit geplanten Gleichstromtrassen geschützt werden? Inwieweit verfolgen Sie und Ihre Partei die bekannten und drohenden Auswirkungen im Bereich des Umweltschutzes durch die genannten Vorhaben?

Die Einhaltung des Abstands von 400 Meter von Hoch- und Höchstspannungsleitungen zur Wohnbebauung muss grundsätzlich ausnahmslos für alle neuen Leitungen gelten.

Zur Vermeidung von Trassenneubauten im Übertragungsnetz ist eine Kapazitätsoptimierung schon bestehender Systeme durch Leiterseilmonitoring und partiellem Einsatz von Hochtemperaturbeseilung sinnvoller.

Das Vorsorgeprinzip muss zur Anwendung kommen. Solange negative Auswirkungen auf Mensch (Gesundheit) und Natur (z.B. Bodenstrukturen, Flora, Fauna) weiterhin nicht gänzlich ausgeschlossen werden können, muss ein Moratorium bzgl. Netzausbauplanung vereinbart werden.

Gewisse Risiken müssen für eine sichere Energieversorgung eben in Kauf genommen werden.

Ein besonderer Schutz ist nicht erforderlich, da alle Einflussgrößen ausreichend berücksichtigt werden.

Alle Möglichkeiten bei der Entscheidung über die

Alle Möglichkeiten bei der Entscheidung über die Trassenführung, die Trassenausgestaltung und das Trassenmanagement, negative Einwirkungen auf Mensch und Natur zu verringern, müssen genutzt werden.;

10. **Halten Sie die altbekannte Begründung für den ständig weiter erhöhten Netzausbau immer noch für zulässig, man brauche dringend neue Fernleitungen, um Strom von Nord- nach Süddeutschland zu transportieren, damit die Energiewende gelingen kann? Ist Ihnen bekannt, dass die Argumentation bereits in mehreren wissenschaftlichen Gutachten * (u.a. vom DIW, BUND e.V., u.a.) entkräftet wurde? Wenn ja, ziehen Sie daraus auch Konsequenzen für Ihre zukünftige Politik?**

*[https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

[Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf](https://stromautobahn.de/wp-content/uploads/2020/09/Stellungnahme_BUND_Bundesbedarfsplangesetz_neu-1.pdf)

*https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.816979.de/diwkompakt_2021-167.pdf

*<https://www.landkreis-wunsiedel.de/file/le/pk-16-03-2021-gutachten-jarassneu.pdf>

*http://www.jarass.com/Energie/C/Stromtrassen_ueberdimensioniert,_v2.1.pdf

*<http://www.jarass.com/home/de/energie/buecher-und-umfangreiche-gutachten/1376-ist-suedlink-zwingend-erforderlich>

*https://publications.iass-potsdam.de/rest/items/item_6000418_5/component/file_6000419/content



Ich kenne die von Ihnen genannten Gutachten. /

Ich kenne die von Ihnen genannten Gutachten. Allerdings kann ich aus politischer Sicht auch nicht ignorieren, dass der Zeitdruck beim Ausstieg aus fossilen Energien mittlerweile enorm ist. Die Versäumnisse der letzten 15 Jahre bei der dezentralen Energiewende können wir nicht ungeschehen machen, und wir können sie nicht ignorieren.

11. **Schließt sich Ihre Partei im Sinne einer unabhängigen Wirtschaftlichkeitsprüfung der Forderung an, die vom EU-Recht zwingend vorgeschriebenen Kosten-Nutzen-Analysen für die geplanten HGÜ Vorhaben nachzureichen? Wenn nein, warum nicht?**



Ja, das ist sinnvoll.

12. **Welche Möglichkeiten werden gesehen, um die Energiewende durch z.B. Korrekturen am aktuellen Strommarktdesign, am EEG oder am BBPIG / NABEG bürgerfreundlicher (d.h. mit Schwerpunkt auf regionaler Wertschöpfung) und transparenter zu gestalten?**



Der derzeitige Einfluss der Oligopole auf die Gesetzgebung ist für ein Gelingen der Energiewende kontraproduktiv.



Der aktuell geführte Energiesystemkonflikt (zentralistisch > konventionelle/fossile Energien vs. dezentral > erneuerbare Energien) muss erkannt und im Sinne des Klimaschutzes beigelegt werden.

Die aktuelle Gesetzeslage ist ausreichend. Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und Transparenz bei politischen Entscheidungen sind zudem hinlänglich gegeben.

Sonstiges

13. Wie begegnen Sie und Ihre Partei der Tendenz in der derzeitigen Politik, durch beschleunigte Verfahren und neue Gesetze wie z.B. das Planungssicherstellungsgesetz Bürgerbeteiligung, transparente Prozesse und demokratische Teilhabe maßgeblich zu beschneiden?

Jeder Verfechter einer dezentralen Energiewend

Jeder Verfechter einer dezentralen Energiewende muss auch an der Beschleunigung der Projekte ein Interesse haben. Wir Grüne haben dazu Vorschläge erarbeitet. Das Problem liegt aber - das zeigen auch zahlreiche Analysen des Sachverständigenrats für Umwelt - nicht in der Bürgerbeteiligung und Verbandsklagerechten, sondern in überlasteten Behörden. Zudem werden manche Prüfungsschritte mehrfach abgearbeitet. Frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung entschärft Konflikte und beschleunigt damit Projekte.

Aarhus-Abkommens: Ist Ihnen und Ihrer Partei bekannt, dass genannte Maßnahmen im Rahmen des Netzausbaus absehbar durch Beschneidung frühzeitiger Klagemöglichkeiten dem Aarhus-Abkommen der EU und damit dem Völkerrecht widersprechen? Die Aarhus-Verordnung sieht ganz konkret vor, dass „sichergestellt werden soll, dass die EU das Übereinkommen über das Recht der Öffentlichkeit auf Überprüfung von Verwaltungsakten uneingeschränkt einhält.“ (Zitat EU-Rat).

Ja, die Regelungen der Aarhus-Konvention sind

Ja, die Regelungen der Aarhus-Konvention sind mir bekannt. Das Verbandsklagerecht ist eine Errungenschaft. Und die Daten zeigen, dass die Verbände vergleichsweise häufig obsiegen, also gerade nicht ins Blaue hinein klagen. An diesem Recht sollte nicht gerüttelt werden.

15. Wie begegnet Ihre Partei dem Eindruck, der Gesetzgeber nähme offensichtliche Lobbyinteressen der Stromwirtschaft und Industrie einseitig wichtiger als die Interessen der von den genannten Infrastrukturmaßnahmen betroffenen Bevölkerung bzw. der eigenen Wählerschaft?

Da Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nicht an der aktue

Da Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nicht an der aktuellen Regierung beteiligt sind, können wir für diese nicht sprechen.

16. Vorab vielen Dank für Ihre Mithilfe und Antworten.

Mit besten Grüßen

Für die Bürgerinitiativen gegen den Ersatzneubau der Juraleitung

*Dörte Hamann, Oliver Hetzel, Wolfgang Schmid, Conny Zeidler, Sprecher*in der BIs gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

Für das bundesweite Aktionsbündnis gegen den überdimensionierten Netzausbau:

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner
Maria Quanz, Verbandssprecherin (HE) Bundesverband der BI gegen SuedLink
Sebastian Locker, Aktionsbündnis Ultranet
Conny Zeidler, Sprecherin der BIs gegen den Ersatzneubau der Juraleitung*

Hinweis:

Wir bitten um Antwort bis zum 5. September 2021.

Sie können ganz einfach antworten, indem Sie auf "Absenden" klicken.

*Sie können aber auch das ausgefüllte Dokument per E-Mail-Anhang an
pressestelle@stromautobahn.de*

mailen. Oder per Post schicken an

*Dörte Hamann, Sprecherin Aktionsbündnis Trassengegner
Föhrenstr. 5
91227 Leinburg*

Wir weisen darauf hin, dass die Antworten im Internet und in verschiedenen Medienformaten wiedergegeben werden und Sie mit der Beantwortung der Fragen dieser Veröffentlichung zustimmen.